

3. Dezember 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein arbeitsintensives Jahr neigt sich für die Kinder- und Jugendhilfepolitik und auch für unseren Fachverband dem Ende entgegen. Der Koalitionsvertrag der neuen Ampel liegt vor und macht Hoffnung auf eine konstruktive Weiterentwicklung kontextueller Bedingungen für Familien. Mögen Kinder, Jugendliche und ihre Eltern in diesem Land am Ende der Legislaturperiode 2025 in ihrem Alltag spüren, dass es einen guten Unterschied gibt. Die wesentlichen Vorhaben der neuen Bundesregierung zur Kinder- und Jugendhilfe können Sie dieser Mail entnehmen.

Ich danke Ihnen allen für Ihr Interesse an dieser DGSF-Rundmail-Jugendhilfe und Ihr vielfältiges und tatkräftiges Engagement in vielen unterschiedlichen Formen. Nur gemeinsam konnten wir bislang tatsächlich fachpolitisch wirksam sein!!

Ihnen allen wünsche ich ein schönes Weihnachtsfest und zwischen den Jahren ein paar entspannte, leichte Tage. Angehängt finden Sie eine kleine Weihnachtsgeschichte – vielleicht haben Sie Lust, das Ritual mit Ihrer Familie und Freunden mal auszuprobieren...?

Ein herzlicher Gruß aus Köln!

Birgit Averbek
Fachreferentin für Jugendhilfe/-politik und Soziale Arbeit

Wenn Sie die DGSF-Rundmail-Jugendhilfe nicht mehr bekommen möchten, reicht eine kurze Info per Mail. Bitte entschuldigen Sie Doppelsendungen, sie lassen sich aufgrund unterschiedlicher Verteiler leider nicht verhindern.

1. Zweiter Aufruf zur Beteiligung an Wirksamkeitsstudie zur aufsuchenden systemischen Arbeit in der Jugendhilfe – Wir brauchen SIE!

Wir brauchen Sie und Ihre praktischen Erfahrungen, um valide Ergebnisse darüber zu erhalten, wie systemisch aufsuchende Hilfen nach § 31 (systemisch arbeitende SPFH) und § 27,3 SGB VIII (AFT) tatsächlich wirken!

Die DGSF hat eine Studie darüber in Auftrag gegeben, die von Holger Ziegler, Professor für Soziale Arbeit in Bielefeld, und seiner Mitarbeiterin Barbara Richters durchgeführt wird. Es haben sich bereits ca. 100 systemisch qualifizierte Kolleginnen und Kollegen beteiligt, die aktuell freiberuflich oder fest angestellt als SPFH-Fachkraft oder aufsuchende*r systemische*r Familientherapeut*in tätig sind. Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.dgsf.org/themen/Familien-Jugend-Sozialpolitisches/wirksamkeitsstudie>.

Damit die Studie von Jugendämtern als potentielle Auftraggeber aufsuchender systemischer Arbeit beachtet wird, wollen wir eine repräsentative Fallzahl erreichen und möchten Sie einladen, sich auch jetzt noch an der Studie (3 Interviews in zeitlichen Abständen) zu beteiligen!

[Der Link](#) führt zu der Basis-Befragung, die ca. 30 Minuten dauert. Bitte klicken Sie ihn nur an, wenn Sie sich auch beteiligen möchten!

Am Ende werden Sie gefragt, ob Sie sich vorstellen könnten, an einer weiteren Erhebung teilzunehmen. Die späteren Befragungen sind deutlich kürzer als der Basis-Fragebogen. Dort wird es dann um Fragen zur aufsuchenden Arbeit mit einer konkreten Familie gehen. Außerdem sollen im Zuge der weiteren Befragung auch Familien in die Studie aufgenommen werden, die zu diesem Zeitpunkt durch die Fachkräfte betreut werden. Selbstverständlich werden alle Angaben anonymisiert, ein Rückschluss auf Einzelpersonen ist nicht möglich. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig und kann jederzeit abgebrochen werden. Für Fragen und Rückmeldungen sind Herr Prof. Dr. Ziegler und Frau Richters über folgende Mail zu erreichen: evasys@uni-bielefeld.de.

2. Podcast-Folge „Und wer fragt mich? Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern und deren Familien verbessern“ gestartet

Thema der Folge 2: Sichtweisen aus Erwachsenen- und Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie

In der zweiten Folge des Podcasts „Und wer fragt mich?“ greifen wir die Geschichte von Jonas und seiner Mutter aus der ersten Folge auf und lassen Expert*innen aus Erwachsenen- und Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie dazu Stellung nehmen. Die zweite Folge beschäftigt sich u. a. mit der Gefahr der Stigmatisierung bei psychischen Erkrankungen, Schuldzuweisungen nicht nur in betroffenen Familien, sondern auch zwischen den Hilfesystemen und Sprachlosigkeit im Umgang mit disziplinübergreifender Arbeit. Die Expert*innen fokussieren aber auch die Gelingensfaktoren, wie z.B. Wertschätzung, Transparenz und Vertrauen. Diese mögen zwar „weich“ klingen, sind aber unverzichtbar für eine Lösung im Sinne der betroffenen Familien. Die Moderation führten PD Dr. Rieke Oelkers-Ax und Dr. Filip Caby. Zu Gast waren Prof. Dr. Eva Möhler, Dr. Wolfgang Dillo und Klaus Henner Spierling.

[Den Podcast finden Sie hier.](#)

Die Aussagen im Podcast beruhen auf Einzelmeinungen der Protagonist*innen und sind damit stellvertretend und exemplarisch einige Stimmen aus der Stimmenvielfalt, die es zu diesem komplexen Thema gibt. Informationen zu den entsprechenden Expertenempfehlungen und dem politischen Prozess [sind hier zu finden](#).

News von der Bundesebene

3. Ampel-Koalitionsvertrag liegt vor – viele konstruktive Vorhaben für die Kinder- und Jugendhilfe geplant

Die Ampel Koalition hat ihren Koalitionsvertrag am 24.11.21 veröffentlicht und vorgestellt. Begrüßt wird sehr, dass die Ampelkoalition die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ernst nimmt und hierzu auch konkrete Standards und Strukturen etablieren will. Die Verbände der Erziehungshilfen haben den ersten Versuch unternommen, das von Grüne, SPD und FDP vorgelegte Programm mit Blick auf die Kinder- und Jugendhilfe und das Kinder- und Jugendhilfe-Recht stichpunktartig auszuwerten. Ich habe die wichtigsten Themen zusammengefasst (siehe Anhang). [Den Koalitionsvertrag finden Sie hier](#). Eine gute Zusammenfassung der relevanten Themen im Originalwortlaut finden Sie auch auf der [Website des AFET](#).

4. Appell von 28 Organisationen zur Lage an der polnisch-belarussischen Grenze: Stoppt Kinderrechtsverletzungen!

In den Wäldern an der polnisch-belarussischen Grenze harren gegenwärtig zahllose geflüchtete Menschen, unter ihnen Kinder und Familien, unter unmenschlichen humanitären Bedingungen aus. Sie leiden unter Unterkühlung, Hunger und Erschöpfung. Sie fliehen vor Verfolgung in der Heimat, Gewalt und Perspektivlosigkeit und suchen Zugang zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten reagieren mit Abweisung, illegalen Pushbacks und dem Bau neuer Zäune.

Ein Bündnis aus 28 Organisationen, darunter Amnesty International, BumF e.V. sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband, appelliert an die Bundesregierung und die EU, dass (geflüchtete) Kinder und Familien nicht zum Opfer regionaler Macht- und europäischer Abschottungspolitik werden dürfen. Die Unterzeichner*innen fordern die Bundesregierung auf, sofort tätig zu werden, um das Leid der Kinder und Familien an den europäischen Außengrenzen zu lindern. Das Bündnis kritisiert die menschenunwürdige und Kindeswohlgefährdende Unterbringungs- und Versorgungssituation scharf und sieht in darin eine massive Verletzung von Kinder- und Grundrechten sowie Verstöße gegen das europäische Asyl- und Migrationsrecht.

Die Forderungen an die EU und die Bundesregierung lauten:

- Sofortige Evakuierung - legale Zugangswege schaffen
- Stopp der Push-Backs - Zugang zum Asylverfahren
- Unterstützung der Menschen vor Ort - Zugang von Hilfsorganisationen

Die DGSF unterstützt diese Forderungen.

5. Gemeinsame Stellungnahme von Kinderschutzbund und Kinderschutz-Zentren: Beratungsarbeit bei Gewalt an Kindern JETZT stärken und ausbauen!

Kinder und Jugendliche tragen in erheblichem Maße die Folgen der Pandemie. Gerade für jene jungen Menschen, die in belasteten Familien- und Lebenssituationen aufwachsen, bedeutete die Zeit der Kontaktbeschränkungen auch eine Verschärfung sozialer und emotionaler Krisen und Entwicklungsrisiken (vgl. Stellungnahme der Leopoldina vom 21.06.2021). Zu wenig Beachtung hat in der Pandemie die Situation von Familien gefunden, deren Alltag von Homeschooling, Kinderbetreuung, Home-Office, Existenzängsten, beengten Wohnverhältnissen, fehlenden finanziellen Mitteln für die technische Ausstattung und weggefallener sozialer Unterstützung geprägt war.

Die Beratungsanfragen haben in den letzten Monaten in erheblichem Maße zugenommen und führen oftmals zu Wartelisten, weil die personellen Kapazitäten einfach nicht ausreichen, diesem Bedarf zeitnah und angemessen zu

entsprechen. Für die betroffenen jungen Menschen bedeuten diese Risiken und Gefährdungen massive Einschnitte in ihren persönlichen Entwicklungen, die nun zum Thema der Arbeit von Beratungsstellen und Kinderschutz-Zentren werden. Zudem brauchen Kinder und Jugendliche unmittelbare Hilfe, wenn sie sich in Notsituationen befinden und können nicht monatelang auf diese Unterstützung warten müssen.

[Zur Stellungnahme](#)

**6. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ:
„Qualitätsentwicklung nach dem „Gute-Kita-Gesetz“? Rückblick und zukünftige
Entwicklungspotentiale**

Mit dem am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen „Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege“ (KiQuTG, sog. „Gute-KiTa-Gesetz“) wurde die Weiterentwicklung der Qualität in der Frühen Bildung bundesgesetzlich verankert. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ zieht [in diesem Papier](#) eine Zwischenbilanz und zeigt Entwicklungspotentiale auf. Davon ausgehend leitet die AGJ Empfehlungen ab, die im weiteren Prozess zur Verbesserung der Qualität nach dem „Gute-Kita-Gesetz“ berücksichtigt werden sollen.